Einfache Anfrage Schmid-Buchs:
«Kostenexplosion beim Rheinunternehmen aufgrund unzureichender Planung?

Das Rheinunternehmen erfüllt Aufgaben des Hochwasserschutzes und Unterhalts entlang dem Rhein. Ausgabenüberschüsse tragen nach Art. 5 RheinG zu 75 Prozent der Kanton und zu 25 Prozent die Perimetergemeinden. Für die Gemeinden zeichnet sich eine massive Kostenexplosion ab: Der Globalkredit steigt von 3,5 Mio. Franken (2026) auf 9,0 Mio. Franken (2027) und 11,0 Mio. Franken (2028/2029). Für viele Gemeinden verdreifachen sich die Beiträge damit ab 2028. Dies zeigt sich beispielsweise am Beispiel der Gemeinde Buchs, bei der sich die Kosten von Fr. 101'757.– (2026, definitiv) auf Fr. 261'660.– (2027, provisorisch) und Fr. 319'807.– (2028, provisorisch) entwickeln.

Die steigenden Aufwände werden vor allem mit anstehenden Dammsanierungen, dem Bau von Interventionspisten und der Sanierung der Rietbrücke (südliche Rheinbrücke bei Diepoldsau) begründet. Sanierungen und Unterhalt gehören jedoch zu den planbaren Kernaufgaben des Rheinunternehmens. Es stellt sich damit die Frage, ob sich das Rheinunternehmen unzureichend auf diese absehbaren Herausforderungen vorbereitet hat und weshalb die Massnahmen nicht rechtzeitig finanziell geglättet wurden.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgenden Fragen:

1. Inwiefern waren die als Hauptbegründung angeführten Projekte – namentlich die Dammsanierungen, der Bau von Interventionspisten und die Sanierung der Rietbrücke bei Diepoldsau – bereits in den mehrjährigen Aufgaben- und Finanzplänen des Rheinunternehmens absehbar?
2. Weshalb schlagen sich diese Aufwände erst jetzt im Globalkredit nieder?
3. Teilt die Regierung die Einschätzung, dass sich das Rheinunternehmen nicht rechtzeitig und ausreichend auf diese anstehenden Herausforderungen vorbereitet hat, und worauf führt sie es zurück, dass für diese planbaren Massnahmen keine frühzeitigere Staffelung oder finanzielle Glättung (bspw. durch Rückstellungen) vorgenommen wurde?
4. Wie schlüsseln sich die veranschlagten Ausgabenüberschüsse von Fr. 9'000'000.– (2027) bzw. Fr. 11'000'000.– (2028 und 2029) konkret auf die drei genannten Sanierungsschwerpunkte und den ordentlichen Unterhalt auf?
5. Mit welchen finanziellen Folgen haben die Perimetergemeinden nach dem Jahr 2029 zu rechnen?
6. Welche konkreten Überprüfungen wurden seitens der Beratenden Kommission des Rheinunternehmens (BKRU) oder des federführenden Bau- und Umweltdepartementes unternommen, um diese Vervielfachung des Globalkredits kritisch zu hinterfragen?
7. Warum wurden die betroffenen Perimetergemeinden nicht früher und aktiver in die Planung eingebunden, um Verwerfungen in den kommunalen Budgetplanungen zu verhindern?
8. Welche Massnahmen trifft das Rheinunternehmen sowie die Regierung, damit sich derart abrupte Kostensprünge nicht wiederholen?»

31. Oktober 2026 Schmid-Buchs